

## Protest in der Gropiusstadt

Mehrere Hundert Menschen versammelten sich am 16. Februar vor dem Gemeinschaftshaus Gropiusstadt am Bat-Yam-Platz. Um gegen eine Veranstaltung der NPD mit deren stellvertretendem Bundesvorsitzenden Udo Pastörs zu protestieren, waren sie einem Aufruf des „Bündnis Neukölln – Miteinander für Demokratie, Respekt und Vielfalt“ gefolgt, in dem es unter anderem hieß: „Auch wenn wir Veranstaltungen der NPD in Neukölln oder anderswo möglicherweise nicht immer verhindern können, ist es wichtig, öffentlich und laut gegen die antidemokratischen, rassistischen und fremdenfeindlichen Parolen der Neonazis zu protestieren ... Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der die Menschen gleichberechtigt und friedlich miteinander leben können, unabhängig von ihrer Hautfarbe, Nationalität und Religion.“



Mehrere Redner verschiedener Initiativen und Kirchenvertreter riefen zu verstärktem Widerstand auf und wandten sich dagegen, dass die NPD immer wieder öffentliche Räumlichkeiten nutzen darf.

Gerade im südlichen Neukölln war es in letzter Zeit verstärkt zu rechten Übergriffen gekommen. So gab es mehrere Brandanschläge auf den Jugendtreff der Falken und Angriffe gegen eine Familie in der Hufeisensiedlung, die sich weigerte, NPD-Propagandamaterial entgegen zu nehmen. Aber der Widerstand gegen rechte Gewalt wird größer. So gab es im Dezember letzten Jahres eine Lichterkette in der Hufeisensiedlung unter dem Motto „Britz und die Hufeisensiedlung sind bunt – aber nicht braun“. Dass nun wieder ein öffentlicher Raum der

NPD für ihre fremdenfeindliche Hetze zur Verfügung gestellt wurde, wollten die Teilnehmer an der Kundgebung nicht hinnehmen. Unter ihnen befand sich auch unser Bezirksbürgermeister Buschkowsky, der in einem Zeitungsinterview betont hatte, „dass die NPD Anspruch auf Gleichbehandlung und somit auch Anspruch auf bezirkliche Räume habe“. Auf eine gerichtliche Auseinandersetzung wollte es man ankommen lassen.



Doch genau hier liegt das Dilemma. Solange diese Partei nicht verboten ist, hat sie rechtlichen Anspruch darauf. Und deshalb liegt auch an Ihnen, Herr Buschkowsky, sich mit der ganzen Kraft Ihres Amtes dafür einzusetzen, dass es endlich zu einem Verbot der NPD kommt! Unsere Unterstützung haben Sie.

Ein kleiner Nebeneffekt: Das Geld, was für die Polizeieinsätze zur Sicherung derartiger Veranstaltungen ausgegeben wird, könnte z.B. für Kinder- und Jugendprojekte oder soziale und kulturelle Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden!  
*Text/Fotos: LA*

